

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 38. JG. | 2025

FJSB online plus Nr. 16 - 2025

Karl-Heinz Reuband

Räumliche Kongruenzen des Protests – eine Folge politischer Grundüberzeugungen?

Proteste in Sachsen von der „Wende“-Zeit zur Corona-Krise

Zusammenfassung: Untersucht wird, inwieweit es räumliche Kongruenzen zwischen den Protesten in der Wendezeit der DDR 1989/90 einerseits und den Anti-Asyl-Protesten 2015/16, den Corona-Protesten 2020-2022 und den Protesten gegen „rechts“ 2024 andererseits gegeben hat. Auf der Basis von 419 Städten und Gemeinden in Sachsen ergibt sich eine partielle Übereinstimmung der Orte, wenn man das bloße Vorkommen von Protest zum Maßstab nimmt. Nicht jedoch ist es der Fall, wenn man die Zahl der Kundgebungen und die Zahl der Teilnehmer zugrunde legt. Darüber hinaus gibt es keinen Hinweis dafür, dass in Regionen mit überproportionalem AfD-Wähleranteil die Zusammenhänge überproportional stark sind. Die Befunde legen nahe, dass die (partielle) räumliche Kongruenz nicht als Ausdruck von Gemeinsamkeiten politischer Grundüberzeugungen verstanden werden kann, die sich am Ort in jeweils unterschiedlichen Protesten widerspiegeln, sondern dass die Wahl der Orte ortsspezifischen Auswahlprinzipien unterliegt, historischer oder anderer Art.

Stichworte: Sachsen, Räumliche Kongruenz von Protest, Corona-Protest, Anti-Asyl-Protest, Montagsdemonstrationen 1989/90, Proteste gegen „rechts“

Abstract: Regional congruence of protest: an expression of ideological communalities?**Protests in Saxony from the time of the "Wende" until the time of the Covid crisis**

The focus is on the congruence of protest locations across time in Saxony, East Germany, focusing on the demonstrations of 1989/90 on the one hand and their relationship to protests against refugees in 2015/16, covid-19 protest in 2020-2022, and protest against the politically (far) "right" in 2024 on the other hand. 419 cities and communities of Saxony form the empirical basis. There is a partial overlap of locations when it comes to ever having been a place of protest, but not when it comes to number of days of protest and number of protesters. Moreover there is no evidence that the relationships are stronger in regions where AfD-votes are more widespread. The findings lend support to the notion that the congruence cannot be seen as being an outflow of common ideological preferences at the local level, but that it has more to do with specific characteristics of the place of protest, be it historical or otherwise.

Keywords: Saxony, Local congruence of protest, protest in East Germany 1989/90, Covid-19 protest, protest against migrants and refugees, protest against the right.

1 Räumliche Kongruenzen des Protests

In einer Publikation zu den PEGIDA-Protesten in Dresden haben Roger Berger, Stephan Poppe und Mathias Schuh vor längerer Zeit hervorgehoben, dass es in Sachsen eine „auffällige“ räumliche Kongruenz gebe zwischen den Städten, in denen es 2015/16 zu PEGIDA-ähnlichen Protesten gekommen war, und jenen Städten, in denen die Proteste in der Zeit der Wende 1989/90 ihren Schwerpunkt hatten. Als Beispiel nannten sie – ohne mögliche Gründe für die Kongruenzen darzulegen – die Städte Plauen, Dresden und Leipzig (Berger et al. 2016: 129).

In der Tat nahmen diese Städte in der Wendezeit eine herausgehobene Rolle des Protests ein, nicht nur, weil sie zu den frühesten Orten mit Protest zählten, sondern sie auch große Menschenmengen zu mobilisieren vermochten (Küttler 1995, Richter 2009). In gewissem Umfang reproduzierten sich die Verhältnisse rund 15 Jahre später, als es zu Protesten gegen Migranten und Flüchtlinge kam. Plauen – eine mittelgroße Stadt mit rund 65.000 Einwohnern – gehörte erneut zu den Protestorten (vgl. DER SPIEGEL 2015, Steinhilper und Sommer 2022). Und es gehörte auch Dresden dazu, die Landeshauptstadt mit damals rund 551.000 Einwohnern. In Dresden war es vor allem die PEGIDA-Protestbewegung (Vorländer et al. 2016, Patzelt 2016, Reuband 2022), die mit ihren Kundgebungen spektakuläre Größenordnungen erreichte, sowohl in Bezug auf die Häufigkeit der Kundgebungen als auch die Teilnehmerzahlen. Als sie sich 2024 schließlich auflöste, blickte sie auf einen 10-jährigen Zeitraum mit 250 Kundgebungen zurück.

Nur Leipzig fällt etwas aus dem Rahmen. Zwar bildete die Stadt mit ihren Montagsdemonstrationen das Zentrum des Protests in der Wendezeit der DDR 1989/90, aber besonders erfolgreich in der Generierung migrationsfeindlichen Protests war sie später nicht. Während sich in Dresden Ende 2014 die PEGIDA-Kundgebungen für lange Zeit etablierten und hohe Teilnehmerzahlen erreichten, mussten die PEGIDA-ähnlichen Kundgebungen in Leipzig („Legida“) mangels Resonanz bald ihre Aktivitäten einstellen. Proteste in größerem Stil, die Migranten und Flüchtlinge zum Thema hatten und denen in Dresden nahekamen, entwickelten sich nicht. Plauen vermochte zeitweise mehr Menschen zu mobilisieren als Leipzig.¹

Nun stellt eine räumliche Kongruenz im Fall der oben genannten Städte noch lange kein systematisches und generalisierbares Muster dar, zumal es sich lediglich um drei Städte handelt und zwei zudem Großstädte sind. Dass Großstädte besonders viele Proteste und Protestierende auf sich vereinen, ist wenig verwunderlich. Schließlich ist das Mobilisierungspotential rein von der Zahl der Einwohner her dort am größten. Je größer die Einwohnerzahl, desto häufiger ist in der Regel eine Stadt oder Gemeinde ein Ort von Protesten (Reuband 2024).

Will man etwas über die Systematik räumlicher Kongruenzen unterschiedlicher Proteste aussagen, bedarf es eines umfassenderen Vergleichs auf der Kommunalebene unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Protestthemen im zeitlichen Verlauf. Mögen Dresden, Leipzig und Plauen in der Frage der Proteste Gemeinsamkeiten über die Zeit aufweisen, so müssen diese doch nicht auf der Ebene anderer Städte existieren. Auch bedarf es einer Diskussion der Frage, welcher Art die politischen und sozialen Rahmenbedingungen sein könnten, die im Zeitverlauf für einen Zusammenhang auf räumlicher Ebene sorgen.

2 Mögliche Gründe für räumliche Kongruenzen des Protests

Mehrere Möglichkeiten sind denkbar, warum Proteste mit unterschiedlichen Themen in einer Stadt oder Gemeinde über die Zeit hinweg wiederholt stattfinden. Ein Grund könnte inhaltlicher Natur sein, basierend auf den politischen Grundüberzeugungen der Einwohner. So ist von manchen Autoren in Bezug auf die Corona-Proteste argumentiert worden, dass sich diese auf ein politisches, autoritär gestimmtes Milieu mit „austauschbaren ideologischen Untertönen“ und starken Anti-Establishment-Ressentiments stütze. Auch wenn die Demonstranten nicht komplett identisch seien,

¹ Am 15.11.2015 z.B. nahmen in Plauen zwischen 1.600 und 2.000 Menschen an den Kundgebungen gegen Migration und Flüchtlinge teil („Wir sind Deutschland Bewegung“), in Leipzig („Legida“) am 16.11.2015 zwischen 550 und 600. Ähnliche Unterschiede am 22. bzw. 23.11. 2015 (Berger et al. 2016: 124, 128).

gebe es doch eine große Schnittmenge (Begrich 2022). In einem solchen Fall wäre es mithin eine bestimmte politische Grunddisposition, die sich in unterschiedlichen Protesten widerspiegelt.

Eine zweite Möglichkeit wäre, dass sich die Proteste partiell aufeinander beziehen, sei es in Form unmittelbaren Gegenprotests vor Ort oder als Gegenbewegung. Proteste gegen die PEGIDA-Demonstrationen in Dresden, zeitlich und räumlich am gleichen Ort, stellen ein Beispiel dafür dar (vgl. Marg et al. 2016). In anderen Fällen mögen frühere Ereignisse ein Maßstab sein, an denen sich die Proteste direkt oder indirekt orientieren. So fanden Proteste gegen „rechts“ in Sachsen im Jahr 2024 überproportional dort statt, wo es am Ort früher rechtspopulistisch gefärbte Proteste – in diesem Fall Corona-Proteste – gegeben hatte (Reuband 2024).

Eine dritte Möglichkeit ist, dass der Ort eine herausgehobene Stellung in der Öffentlichkeit einnimmt, er symbolisch aufgeladen oder Sitz der Landesregierung ist, an die sich – unter anderem – der Protest richtet. Der Ort des Protestes wäre damit eine Art „Bühne“ (Rehberg 2016), von der man eine große öffentliche Resonanz erwartet und die auch mit dafür verantwortlich ist, dass viele Auswärtige an den Protesten teilnehmen.² Dabei muss sich der Ort des Protests nicht notwendigerweise in seiner politischen Konfiguration durch eine entsprechende Protestaffinität auszeichnen. Genau das Gegenteil kann der Fall sein. Weder zeichnete sich Dresden zur Zeit der PEGIDA-Entstehung im Vergleich zu westdeutschen Städten ähnlicher Größenordnung (und ohne PEGIDA-analogen Protesten) durch eine besonders ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit aus, noch hatte es einen solchen Trend in den letzten Jahren gegeben. Im Gegenteil: Ethnozentrischen Ressentiments hatten in Dresden an Verbreitung abgenommen (Reuband 2020).

Als viertes ist noch die Möglichkeit von Scheinkorrelationen zu nennen. Proteste finden in der Regel umso eher statt, je größer die Einwohnerzahl einer Stadt oder Gemeinde ist oder diese eine überlokale Funktion als „zentraler Ort“ für die unmittelbare Umgebung einnimmt. Solange man nicht die Ortsgröße oder die Funktion des Ortes als zentraler Ort in der Analyse kontrolliert, können Zusammenhänge zwischen Protesten zu unterschiedlichen Themen vorgetäuscht werden, die im kausalen Sinne realiter nicht gegeben sind.

² Die Teilnehmer an den PEGIDA-Protesten umfassten 2015/16 zu rund 50 % Personen von außerhalb Dresdens. Je größer die Teilnehmerzahlen auf den jeweiligen Protesten waren, desto größer waren deren Anteil. Die auswärtigen Teilnehmer erwiesen sich als deutlich rechtspopulistischer als die einheimischen Teilnehmer (Patzelt 2022: 490).

3 Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Im Folgenden soll der Frage nach dem Stellenwert von Protestaktionen in der Wendezeit der DDR für die späteren Proteste zu anderen Themen am gleichen Ort nachgegangen werden. Es geht um Kontinuitäten und dem Einfluss, der von politischen und sozialen Rahmenbedingungen wie der Verbreitung politischer Grundüberzeugungen ausgeht. Die Angaben zu den Protesten wurden folgenden Zusammenstellungen entnommen und in einen Datensatz für die 419 Städte und Gemeinden Sachsens integriert:

Proteste in der Wendezeit der DDR: Die Angaben beziehen sich auf die Zeit zwischen den 13. August 1989 und dem 30. April 1990 – die Zeit, in der die DDR noch als eigenständiger Staat existierte. Die in der Zusammenstellung erfassten Proteste richteten sich in dieser Zeit nicht nur gegen das DDR-Regime, sondern umfassten nach dem Mauerfall ebenfalls andere Themen, z.B. Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen. Die Angaben wurden einer Zusammenstellung des „Archiv Bürgerbewegung Leipzig“ (o. J. a, b) entnommen und stützen sich auf Angaben des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und/oder den Teilnehmerkreis.

Protest gegen Flüchtlinge und Migranten (Anti-Asyl-Proteste): Die Angaben zu den Anti-Asyl-Protesten umfassen die Jahre 2015 und 2016. Sie wurden der Webseite „Mut gegen rechte Gewalt“ (2024) und dort der Rubrik „Kundgebungen und Demonstrationen“ entnommen. Andere Formen des Protests – wie Gewaltdelikte, Brandanschläge oder Sachbeschädigungen, z. T. durchgeführt von Einzelpersonen) – sind als Rubrik auf der Webseite aufgeführt, werden hier aber nicht berücksichtigt.³

Protest gegen „rechts“: Die Angaben zu den Protesten gegen „rechts“ – die Proteste entstanden in Reaktion auf den Bericht von „Correctiv“ über Remigrations-Pläne rechter Politiker und Akteure – umfassen die Zeit vom 13. Januar bis 25. März 2024. Sie entstammen der Dokumentation „DemokraTEAM“ (2024), ergänzt durch die Daten, die von der „Tageszeitung“ (taz) im Rahmen einer Bestandsaufnahme ermittelt wurden. Darüber hinaus wurde ein Abgleich mit den Angaben in Wikipedia unternommen.

Corona-Protest 2020/21 und 2022: Die Angaben für 2020/21 umfassen die Zeit zwischen März 2020 und August 2021. Sie beruhen auf einer nachträglichen Auszählung und Aufbereitung von Aufzeichnungen der Polizei auf eine Anfrage der LINKS-Fraktion im sächsischen Landtag (Sächsisches Staatsministerium des Innern 2021). Die Angaben für 2022 beziehen sich auf drei Kundgebungen am

³ PEGIDA-Kundgebungen in Dresden – sie fanden wöchentlich statt – sind in der ursprünglichen Zusammenstellung nicht mitgelistet, allenfalls auf der Ebene einzelner Teilnehmer, wenn dies mit anderen Konflikten oder Delikten, wie Gewalt oder Sachbeschädigung, verbunden waren.

10., 17. und 24. Januar 2022. Sie beruhen auf Informationen der Polizei, ermittelt auf eine Anfrage des Verfassers.

4 Vorkommen von Protest in Städten und Gemeinden

Wie sehr gibt es einen Zusammenhang zwischen den Orten, in denen es zu Protesten in der Wendezeit kam, und den Orten, in denen sich in späterer Zeit Proteste ereigneten? Und was sagt dies über die kausalen Zusammenhänge aus? Um diesen Fragen nachzugehen, ist es sinnvoll, zwischen dem Vorkommen von Protest und den unterschiedlichen Dimensionen des Protestgeschehens – wie Zahl der Proteste und Teilnehmerzahl – zu differenzieren und zum Gegenstand eigener Analysen zu machen. Manche Proteste vereinen nur wenige Menschen, beschränken sich auf wenige Treffen, und sind alsbald wieder verschwunden. Andere hingegen können sich für längere Zeit mit einer erheblichen Anzahl von Kundgebungen und hohen Teilnehmerzahlen etablieren. Räumliche Kongruenzen mit Bezug auf das Vorkommen von Protesten müssen daher nicht notwendigerweise identisch sein mit räumlichen Kongruenzen, die sich auf die Häufigkeit von Kundgebungen und die Teilnehmerzahlen beziehen. Kontinuitäten auf der einen Ebene schließen Diskontinuitäten auf der anderen nicht aus.

Umfragen unter Teilnehmern von Protesten haben in der Vergangenheit z. T. erhebliche Kontinuitäten des Protests auf der individuellen Ebene erbracht. So berichtete eine Mehrheit der PEGIDA-Teilnehmer in entsprechendem Alter⁴, dass sie in der Zeit der Wende an Montags-Demonstrationen teilgenommen hätten (Patzelt 2016: 204, Reuband 2019b: 223). Verglichen mit dem entsprechenden Anteil in der Bevölkerung bedeutet dies eine massive Überrepräsentation dieses Personenkreises an den PEGIDA-Kundgebungen (Reuband 2019b).

Die hohe Zahl mag erstaunen, legt der Befund doch bei oberflächlicher Betrachtung eine Kontinuität nahe, die von den Demonstrationen der Wendezeit zu den PEGIDA-Demonstrationen führt. Bedeutet dies, dass bereits die Protestierenden der Wendezeit in erheblichem Maße rechtspopulistische Charakteristika aufwiesen? Dies ist nicht zwingend der Fall. Dass an den damaligen Protesten Personen mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen teilnahmen, daran besteht zwar kein Zweifel.⁵ Nur müssen diese nicht die Mehrheit der damaligen Teilnehmer gebildet haben.

⁴ „Entsprechendes Alter“ heißt hier, dass die Befragten zur Zeit der Kundgebungen zur Wendezeit 1989/90 16 Jahre und älter waren. Sie stellen die Mehrheit der Befragte dar.

⁵ Dass sich Rechtspopulisten und Rechtsextreme an den Demonstrationen der Wendezeit beteiligten, ist naheliegend. Die Ablehnung von Kommunismus und Sozialismus ist seit jeher ein zentraler Teil der Rechtsextremismus-Ideologie und die Ablehnung des DDR-Regimes eine quasi-natürliche Folge dessen. Noch während der Montagsdemonstrationen 1989, so berichten einige Autoren, hätte sich die Stimmung auf der Straße geändert und hätte sich zunehmend Nationalismus breitgemacht. Erste Angriffe auf Ausländer und

Die Zusammensetzung der PEGIDA-Teilnehmer, die einen solchen Zusammenhang suggerieren mag, ist dafür kein Beleg.

Die Logik des Zusammenhangs ist ein anderer: Die Zusammensetzung der PEGIDA-Befragten sagt etwas über deren eigene Kontinuitäten aus, nicht über die Kontinuitäten der Montagsdemonstranten als Gesamtheit. Die PEGIDA-Teilnehmer sind mit ihnen nicht gleichzusetzen. Sie stellen vielmehr eine Teilpopulation der Montagsdemonstranten dar, die sich vermutlich schon zur Wendezeit durch überwiegend rechtspopulistische Einstellungen auszeichnete und diese Orientierung auch in späterer Zeit beibehielt. Die Mehrheit der Protestierenden der Wendezeit mit einem anderen politischen Profil dürfte andere politische Wege eingeschlagen haben.⁶

Und was sagen die Zusammenhänge auf der Ebene der regionalen Daten aus, die in diesem Beitrag im Vordergrund stehen? Wie viele Städte und Gemeinden erlebten innerhalb des hier betrachteten Zeitraums Proteste, und welche Kongruenzen lassen sich auf der Ebene der Orte erkennen? Proteste in der Wendezeit der DDR gab es in 36 % der sächsischen Städte und Gemeinden, Proteste gegen die Corona-Maßnahmen im Zeitraum 2020/21 in 34 % und im Januar 2022 in 32 % der Orte. Bei den Protesten gegen Migranten und Flüchtlinge (Anti-Asyl-Proteste) beläuft sich der analoge Anteil auf 9 % und bei den Protesten gegen „rechts“ auf 10 %. In erheblichem Maße bestimmt die Ortsgröße darüber, ob es jemals zu Protesten gekommen ist. Während in den kleineren Städten und Gemeinden nur eine Minderheit ein Protestvorkommen aufweist, ist Protest in den Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern nahezu universal verbreitet: Der Anteil beläuft sich im Fall der DDR- und der Corona-Proteste auf nahezu 100 %, Anti-Asyl-Proteste kommen auf etwas mehr als 50 %, Proteste gegen „rechts“ auf einen Anteil von 80 % (Reuband 2024: 8).

Wo es in der Zeit der Wende zu Protesten kam, haben sich zu späterer Zeit überproportional häufig erneut Proteste ereignet. So wurden Orte ohne Proteste in der Zeit der Wende lediglich in 2 % der Fälle 2015/16 zu Orten von Anti-Asyl-Protest. Demgegenüber waren es 20 %, wenn es Proteste zur Wendezeit gab. Ähnlich die Situation im Fall der Corona-Proteste. Die Zahlen liegen zwar generell höher (nicht zuletzt aufgrund der höheren Protestverbreitung), aber das Muster ist das Gleiche. Während in nur 18 % der Orte, in denen es zur Wendezeit keine Demonstrationen gab, es 2020/21 zu

alternative Jugendliche seien die Folge gewesen (Zschocke zit. nach Mullis 2024:133). Rechtsextremisten hätten in dieser Zeit an Bedeutung gewonnen, und sie wären in der Bevölkerung in gewissem Umfang toleriert worden, solange sie nicht gewalttätig wurden (Wagner 2020: 37). Was die PEGIDA-Teilnehmer angeht, so zeichneten sie sich 2015/16 im Vergleich zur Dresdner Bevölkerung zwar überproportional durch rechtspopulistische Einstellungen aus, doch hielten sich die Unterschiede in Grenzen (Reuband 2022)

⁶ Die Logik ähnelt der in der Diskussion über Einstiegsdrogen. Dass die Mehrheit der Heroinabhängigen ihren Drogenkonsum mit Cannabis beginnt, wurde lange Zeit so gedeutet, als würde die Mehrheit der Cannabiskonsumenten zum Heroingebruch übergehen. Tatsächlich aber ist es nur ein kleiner Teil. Verwechselt wird die Ausgangspopulation mit der Endpopulation im Verlaufsprozesses.

Corona-Protesten kam, beläuft sich die Zahl in den Orten mit Demonstrationen auf 63 %. Schließt man in den Zeitraum der Corona-Proteste die Proteste noch vom Januar 2022 mit ein, steigt der Anteil sogar auf 73 %.

Wie man *Tabelle 1* entnehmen kann, korrelieren die Orte des Protests in der Wendezeit mit den Orten, in denen sich Proteste in späterer Zeit ereigneten. Führt man die Ortsgröße und die Funktion des Ortes als zentraler Ort als Kontrollvariablen ein, sinken zwar durchweg die Korrelationen. Aber sie bleiben mit Ausnahme des „Protest gegen rechts“ bestehen und erreichen weiterhin statistische Signifikanz.⁷ Dies legt erhebliche Kongruenzen des Protests auf der lokalen Ebene nahe. Am stärksten bleibt auch nach Einführung der Kontrollvariablen der Zusammenhang mit den Corona-Protesten – was insofern nicht ganz unbedeutend ist, als Corona-Proteste gegenüber Anti-Asyl Protesten weniger rechtspopulistisch aufgeladen sein dürften.⁸

Tabelle 1: Korrelationen zwischen dem Vorkommen von Protest in der Zeit der Wende 1989/90 und dem Vorkommen von Protest in späteren Jahren (Pearson r)

	Ohne Kontrollvariablen		Mit Kontrollvariablen	
<i>Vorkommen von Protest</i>				
- Anti-Asyl-Protest	.30	***	.19	***
- Corona-Protest	.46	***	.35	***
- Protest gegen rechts	.31	***	.08	

***p<0,001

Aufgeführt sind die Korrelationen zwischen dem Vorkommen von Protest in der Zeit der Wende 1989/90 und den analogen Angaben der anderen Proteste; jeweils dichotomisiert in Nein/Ja (codiert 0/1). Ohne Kontrollvariablen bedeutet ohne Berücksichtigung von Ortsgröße und Funktion der Kommune als zentraler Ort, und mit Kontrolle bedeutet mit Kontrolle dieser Variablen im Rahmen partieller Korrelationskoeffizienten.

⁷ Auch bei einer Vollerhebung – wie im vorliegenden Fall – ist aufgrund von Messfehlern eine Berechnung statistischer Signifikanz sinnvoll (Broscheid und Geschwend 2005). Wir haben deshalb durchgängig Signifikanzen berechnet.

⁸ Es gibt weder für Sachsen noch andere ostdeutschen Bundesländer Befragungen von Teilnehmern an den Corona-Protesten, und auch für Westdeutschland ist sie rar (vgl. Reuband 2025b). Geht man davon aus, dass ethnozentrische Ressentiments ein zentrales Merkmal rechtspopulistische Einstellungen sind und die Anti-Asyl-Proteste darauf fokussieren, kann man jedoch annehmen, dass die Anti-Asyl-Proteste stärker rechtspopulistisch motiviert waren als die Corona-Proteste.

Die Angaben zum Vorkommen beziehen sich im Fall des Corona-Protests auf die Kundgebungen im Zeitraum 2020/21.

Wie sehr sind die beschriebenen Kongruenzen auf der Ebene der Orte, in denen es zu Protesten kam, nun aber eine Folge der lokalen bzw. regionalen politischen Kultur? Welchen Stellenwert haben die politischen Orientierungen der Einwohner? Über die politischen Grundüberzeugungen kann man auf der Grundlage früherer Erhebungen nichts näher sagen. Was allerdings zur Verfügung steht, sind Daten aus jüngerer Zeit, die in gewissem Umfang Rückschlüsse auf die politischen Konstellationen früherer Jahre erlauben. Dabei bietet sich der AfD-Wähleranteil am Ort des Protests als ein Indikator für rechtspopulistische und rechtsextreme Orientierungen an.

Wie Untersuchungen gezeigt haben, spiegeln sich im regionalen AfD-Wähleranteil partiell die politischen Verhältnisse früherer Jahre wider. So korreliert auf der Kreisebene der AfD-Wähleranteil mit dem NPD-Wähleranteil bei früheren Wahlen (Kölzer et al. 2025). Des Weiteren hat sich gezeigt, dass rechtspopulistische Einstellungen auf Kreisebene umso weiterverbreitet sind, je größer der Anteil der AfD-Wähler dort ist (Rees et al. 2021). Das gilt auch für Sachsen (Reuband 2019a). Angesichts dessen könnte man den gegenwärtigen AfD-Wähleranteil durchaus als einen Indikator für die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in früheren Jahren bewerten.

Unterteilt man die sächsischen Kommunen danach, ob sie einen über- oder unterproportionalen Anteil an AfD-Wählern aufweisen (dichotomisiert am Median), so lässt sich jedoch im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Protest zur Wendezeit und den späteren Protesten kein Effekt des regionalen politischen Milieus erkennen. Gleiches gilt, wenn man anstelle des AfD-Wähleranteils auf kommunaler Ebene den Anteil auf der Kreisebene nehmen würde. Wäre die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen für die räumlichen Kongruenzen des Protests verantwortlich, müssten die Regionen mit überproportional hohem AfD-Wähleranteil, gegenüber denen mit niedrigem AfD-Wähleranteil die höheren Korrelationen ausweisen. Dies ist jedoch nicht der Fall – auch nicht, wenn man Ortsgröße und Funktion der Kommune als zentraler Ort in Form einer Kontrollvariablen heranzieht. Im Gegenteil: Die Korrelationen sind in den Kommunen bzw. den Kreisen sogar schwächer als dort, wo der AfD-Wähleranteil überproportional groß ist.⁹ Selbst wenn es Kongruenzen auf der Ebene des Vorkommens von Protest gibt, können diese doch offenbar nicht auf Gemeinsamkeiten rechtspopulistisch geprägter Grundüberzeugungen zurückgeführt werden.

⁹ In Orten mit unterproportionalen AfD-Wähleranteil auf der Kreisebene liegt die partielle Korrelation zwischen dem Vorkommen von Protest in der Wendezeit der DDR und dem Vorkommen von Corona Protest 2020/21 bei $r = .39$ ($p < 0,001$), in Kreisen mit überproportionalem AfD-Wähleranteil bei $r = .22$ ($p < 0,001$). Im Fall der Anti-Asyl-Proteste liegen die Verhältnisse ähnlich, die entsprechenden Zahlen liegen bei $r = .17$ ($p < 0,05$) und $r = .05$ (n.s.) (jeweils unter Kontrolle von Ortsgröße und Funktion des Ortes als zentraler Ort).

5 Zahl der Proteste und Teilnehmerzahlen

Nun kann man einwenden, dass das Vorkommen von Protest an einem Ort noch nichts über das Ausmaß des Protestgeschehens aussagt – weder über die Zahl der Proteste, die es gab, noch über die Zahl der Protestierenden. In manchen Fällen mag sich der Protest auf einen einzigen oder allenfalls einige wenige Proteste beschränkt und sich nur wenige Menschen eingefunden haben. Unter solchen Bedingungen ist die Chance einer Fortsetzung des Protests gering. Sollte es einen Zusammenhang auf der Ebene der politischen Grundüberzeugungen geben, müsste sich dies vor allem in der Verstetigung des Protests und in der Mobilisierungskraft niederschlagen. Mit anderen Worten: Wenn sich die Beziehung zwischen dem Wendeprottest und den ausländerfeindlichen Protesten bzw. den Corona-Protesten auf der lokalen Ebene darauf gründet, dass rechtspopulistische Einstellungen für den Zusammenhang in bedeutsamen Teilgruppen der Bevölkerung mitverantwortlich sind, dann müsste es einen Zusammenhang auf der Ebene der Häufigkeit von Protest, gemessen an der Zahl der Tage mit Protest, und auf der Ebene der Teilnehmerzahlen geben.

Blickt man auf die Zahl der Proteste, die sich 2015/16 gegen Migranten und Flüchtlinge richteten, so erweisen sich die Städte Dresden und Leipzig (ebenso wie Chemnitz) als die Orte mit der höchsten Zahl an Protesttagen. Zu den Orten mit überproportional häufigem Protest gehört zwar ebenfalls noch Plauen – aber die Stadt nimmt nach Dresden und Leipzig nun nicht mehr den Spitzenplatz wie in der Wendezeit ein. Freital steht stattdessen an erster Stelle. Und geht man zeitlich noch einen Schritt weiter und wählt die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen als Maßstab, verliert Plauen noch mehr an Bedeutung, Bautzen und Annaberg-Buchholz weisen z. B. beträchtlich höhere Protesthäufigkeiten auf.¹⁰

Rechnet man auf der Basis der Orte, in denen es Proteste gab, den Zusammenhang zwischen der Zahl der Proteste zur Wendezeit, der Zahl der Anti-Asyl-Proteste 2015/16 sowie der Zahl der Corona-Proteste 2020/21¹¹, so ergeben sich – wie in *Tabelle 2* dargestellt – zunächst statistisch durchaus signifikante Beziehungen (auch auf der Ebene der Proteste gegen „rechts“) – aber alle verschwinden in die Bedeutungslosigkeit, sobald man die Ortsgröße und die Funktion des Ortes als zentraler Ort als Kontrollvariable einbringt. Die Analyse auf der Basis des AfD-Wähleranteils auf kommunaler Ebene oder auf Kreisebene – dichotomisiert in über- und unterproportionalem AfD-Anteil – ändert daran nichts. Sie erbringt keine Hinweise dafür, dass es in Regionen mit verbreiteten rechtspopulistischen Einstellungen anders aussieht als in Regionen mit unterdurchschnittlichem AfD-Anteil.

¹⁰ Plauen und Nossen weisen etwas über 50 Tage mit Protest auf, Bautzen und Annaberg-Buchholz etwas über 70, Zwickau hingegen noch höhere.

¹¹ Im Fall der Anti-Asyl-Proteste basiert die Analyse auf 30, im Fall der Corona-Proteste auf 90 Städten und Gemeinden.

Und wie verhält es sich, wenn man die Teilnehmerzahlen der Analyse zugrunde legt? Schätzungen der Teilnehmerzahlen, die man für mehrere der oben genannten Proteste den Unterlagen entnehmen kann, sind naturgemäß mit Messfehlern behaftet. Sie basieren auf mehr oder minder groben Schätzungen durch Personen, die bei den Kundgebungen zugegen sind (Teilnehmer, Beobachter oder Polizei). Diese dürften in ihrer Kompetenz, adäquate Schätzungen vorzunehmen, gegenüber systematischen Beobachtungsstudien eingeschränkt sein und zudem untereinander differieren. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass die Schätzungen einer Systematik unterliegen, welche die Zusammenhänge mit anderen Protesten maximiert oder minimiert. Mögen auch die Zahlen von Polizei und unabhängigen, systematischen Beobachtungen verschiedentlich auseinanderfallen, so dürften systematischen Über- oder Unterschätzungen seitens der Polizei eher selten sein (vgl. Berger et al. 2016).

Bei den Protesten zur Wendezeit wurde von uns die maximale Zahl der Teilnehmer bei den Kundgebungen der jeweiligen Beobachtungsperiode erfasst, ebenfalls taten wir dies bei den Anti-Asyl-Protesten. Bei den Corona-Protesten hingegen bilden die Teilnehmerzahlen an drei Protesttagen im Januar 2022 die Basis. Da diese Proteste in die Hoch-Zeit der Proteste fallen, dürften deren Zahlen den maximalen Teilnehmerzahlen nahekommen oder mit ihnen sogar übereinstimmen.¹²

Unternimmt man auf dieser Basis eine Berechnung der Korrelationen – dazu *Tabelle 2* –, so ergeben sich bei fehlender Kontrolle von Drittvariablen bei den Anti-Asyl-Protesten keine Zusammenhänge, hingegen sehr wohl bei den Corona-Protesten. Doch verschwinden sie – wie in den Analysen zuvor –, sobald man Ortsgröße und Funktion des Ortes als zentraler Ort als Kontrollvariable einführt. Würde man nicht die Corona-Protests im Januar 2022 als Basis wählen, sondern die Teilnehmerzahlen in den ersten Protesten von 2020 bzw. 2021, würde sich an diesem Befund nichts ändern: Die Korrelationen grenzen bereits ohne Einführung von Kontrollvariablen an die Null-Marke. In welchem Umfang dazu beitrug, dass die Teilnehmerzahlen an den Kundgebungen aufgrund der Corona-Vorgaben zeitweise beschränkt waren, muss dabei ungeklärt bleiben. Eine Differenzierung der Orte bzw. Kreise nach AfD-Wähleranteil erbringt – wie in den Analysen zuvor – keine Hinweise dafür, dass die Korrelationen dort am höchsten ausfallen, wo die AfD stark ist.

¹² Im Gegensatz zu 2020/21 liegen für die drei Tage des Januar 2022 für alle Orte Angaben zur Teilnehmerzahl vor. Für 2020/21 sieht es in dieser Hinsicht schlechter aus, am ehesten noch liegen Daten für die Frühphase der Proteste vor. Wir erfassten die ersten drei Tage des Protests. Für die Proteste gegen rechts wurden von uns keine Teilnehmerzahlen erfasst.

Tabelle 2: Korrelationen zwischen der Häufigkeit des Protests und den Teilnehmerzahlen in der Zeit der Wende 1989/90 und den Protesten in späteren Jahren zu unterschiedlichen Themen (Pearson r)

	Ohne Kontroll-variablen	Mit Kontroll-variablen
<i>Häufigkeit des Protests</i>		
- Anti-Asyl-Protest	.47 ***	-.10
- Corona-Protest	.71 ***	.15
- Protest gegen rechts	.65 ***	.03
<i>Teilnehmerzahl bei Kundgebung</i>		
- Anti-Asyl-Protest	.10	.07
- Corona-Protest	.41 ***	-.12

***p<0,001

Die Angaben zur Häufigkeit des Corona-Protests beziehen sich auf den Datensatz zu den Kundgebungen im Zeitraum 2020/21, die Angaben zur Teilnehmerzahl auf den Datensatz zu den Kundgebungen im Januar 2022, hier ausgewiesen für den 10.01.2022. Würde man die Berechnungen für die Kundgebungen am 17.01.2022 und 24.01. 2022 vornehmen, würde sich an den Angaben nichts nennenswert ändern.

Basis: jeweils Orte, an denen es jemals zu Protesten kam.

6 Schlussbemerkungen

Was bleibt als Fazit? Städte und Gemeinden, in denen in der Wendezeit 1989/90 Proteste stattfanden, waren überproportional oft die Orte, in denen es 2015/16 zu Anti-Asyl-Protesten und später zu Protesten gegen die Corona-Maßnahmen kam. Dies gilt auch dann, wenn man dem Tatbestand Rechnung trägt, dass Proteste in größeren Städten und Gemeinden sowie in Orten mit zentraler Funktion überproportional häufig vorkommen.

So sehr es Kongruenzen auf der lokalen Ebene gibt, wenn es um das bloße Vorkommen von Protest geht, so wenig kann andererseits von Kongruenzen die Rede sein, wenn man die Zahl der Proteste oder die Teilnehmerzahlen an den Protesten zum Maßstab nimmt. Daran ändert sich selbst dann nichts, wenn man den AfD-Wähleranteil in den jeweiligen Kommunen oder den Kreisen heranzieht

und diese danach unterteilt, ob die AfD bei der Bundestagswahl überproportional oder unterproportional Wählerstimmen für sich verbuchen konnte.¹³

Dies spricht gegen eine räumliche Kongruenz aufgrund gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen auf Seiten der Bevölkerung. Der einst als „auffällig“ bezeichnete Zusammenhang zwischen Wende-Protest und Anti-Asyl-Protest löst sich somit bei näherer Betrachtung auf. Was einzig bleibt, ist eine gewisse Kontinuität auf der Ebene der Orte, in denen es Protesten kam. Offenbar gibt es Städte und Gemeinden, die sich für Proteste besonders anbieten – sei es aus Gründen ihrer Symbolik oder ihrer Erreichbarkeit für Auswärtige. Oder weil sie sich in der Vergangenheit als Protestort bewährt haben und sie aufgrund dessen wiederholt eine historisch geprägte Eigendynamik entfalten.

Prof. emer. Dr. Karl-Heinz Reuband, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sozialwissenschaften. Email: reuband.kh@gmail.com

Literatur:

Archiv Bürgerbewegung Leipzig (o. J. a): Demo-Chronik 1989/1990. Demonstrationen vom 13. August 1989 bis 30. April 1990 (URL: <https://www.archiv-buergerbewegung.de/themen-sammlung/demonstrationen>. Zugriffen 28.07.2025).

Archiv Bürgerbewegung Leipzig (o.J. b): Internetpräsentation Chronik der Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen im Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 in der ehemaligen DDR (URL: <https://www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/datenbank-internet.pdf>; Zugriffen 28.07.2025).

Begrich, David 2022: „Spaziergänge“ in Ostdeutschland: Nazis als Bannerträger. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 9-12.

Broscheid, Andreas/Thomas Geschwend 2005: Zur statistischen Analyse von Vollerhebungen. In: Politische Vierteljahresschrift, 46, S.16-26.

Berger, Roger/Stephan Poppe/ Mathias Schuh 2016: Zur Problematik der Zählung von „Demonstrationsteilnehmern“ In: Karl-Siegbert Rehberg/Franziska Kunz/Tino Schlinzig (Hg.): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‘Wende’-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke. Bielefeld: Transcript, S.113-146.

DemokraTEAM 2024: Statistik: Zahl der Demonstrierenden (URL: <https://www.demokrateam.org/report/>; Zugriff 04.05.2024).

DER SPIEGEL 2015: Jugendklub zu, Naziladen auf. In: DER SPIEGEL, 04.10.215 (URL: https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/plauen-im-vogtland-wie-eine-region-mit-fluechtlingen-umgeht-a-1055127.html?sara_ref=re-so-app-sh; Zugriff 22.07.2025).

¹³ Dies schließt nicht aus, dass der AfD-Wähleranteil auf die Zahl der Proteste und die Zahl der Teilnehmer pro Kopf der einheimischen Bevölkerung einen Einfluss auf Corona-Proteste ausübt – wie es sich auf der Kreisebene zeigen lässt (Reuband 2025b). Nur ist dies etwas anderes als Zusammenhänge auf der Ebene des Protestortes bei unterschiedlichen Themen.

- Kölzer, Julius/ Marc Debus/Christian Stecker 2025: Alte Wurzeln, neue Wurzeln? Zum Einfluss früherer rechtsradikaler Unterstützung auf den AfD-Wahlerfolg bei der Europawahl 2024. In: Politische Vierteljahresschrift (URL: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s11615-025-00590-1.pdf>; Zugriff 16.07.2025).
- Küttler, Thomas 1995: Die Wende in Plauen. In: Alexander Fischer/ Günther Heydemann (Hg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Weimar/Köln/Wien: Böhlau, S. 47-156.
- Marg, Stine/ Katharina Trittel/ Christopher Schmitz/ Julia Kopp/ Franz Walter 2016: NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: Transcript.
- Mullis, Daniel 2024: Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte. Ditzingen: Reclam.
- Mut gegen rechte Gewalt 2024: Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle (URL: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>; Zugriff 04.05.2024)
- Patzelt, Werner J. 2016: Wer sind und wie denken Pegidianer? In: Werner J. Patzelt/ Joachim Klose (Hg.): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Dresden: Thelem, S. 149-294.
- Patzelt, Werner J. 2022: PEGIDA in Dresden. Soziale Zusammensetzung und gesellschaftspolitische Einstellungen der Teilnehmer. In: Karl-Heinz Reuband (Hg.): Dresden im Wandel. Kulturelle Repräsentationen und soziale Transformationen. Dresden: Thelem, S. 450-497.
- Rees, Yann/ Johann H. Rees/vAndreas Zick. 2021: Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In: Andreas Zick/ Beate Küpper (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz, S. 112-122.
- Rehberg, Karl-Siegbert 2016: Dresden-Szenen. Eine einleitende Situationsbeschreibung. In: Karl-Siegbert Rehberg/ Franziska Kunz/ Tino Schlinzig (Hg.): PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und ‘Wende’-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke. Bielefeld: Transcript, S.15-50.
- Reuband, Karl-Heinz 2019a: Fremdenfeindlichkeit und AfD-Wahlerfolge in Sachsen: Wie sehr spiegeln sich regionale Unterschiede in den Einstellungen zu Ausländern und Muslimen wider? In: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), 25, Heft 1, S. 3-27 (URL: <https://mip.pruf.hhu.de/article/view/65/56>; Zugriff 16.07.2025).
- Reuband, Karl-Heinz 2019b: PEGIDA und die Montagsdemonstrationen in der „Wende“-Zeit der DDR: Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Protests. In: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), Jg. 25, Heft 2, S. 220-234 <https://mip.pruf.hhu.de/article/view/139/141>; Zugriff 16.07.2025).
- Reuband, Karl-Heinz. 2020: Rechtspopulistischer Protest – eine Folge lokaler politischer Kultur? Dresden als Entstehungs- und Veranstaltungsort der PEGIDA-Kundgebungen. In: Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP), Jg. 26, Heft 2, 2020, S. 132-157 (URL: <https://mip.pruf.hhu.de/article/view/173/197>; Zugriff 16.07.2025).
- Reuband, Karl-Heinz 2022: Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und PEGIDA. Wie sich die Teilnehmer der PEGIDA-Kundgebungen von der „Normalbevölkerung“ unterscheiden. In: Heinz Ulrich Brinkmann/ Karl-Heinz Reuband (Hg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, S. 257-297.
- Reuband, Karl-Heinz 2024: Protest gegen „rechts“. Der Einfluss lokaler politischer Rahmenbedingungen auf das Protestgeschehen in sächsischen Gemeinden. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 37, Heft 4, FJSB plus.

Reuband, Karl-Heinz 2025a: Welchen Stellenwert hat die Ortsgröße für politische Proteste? Eine vergleichende Analyse auf der Basis sächsischer Städte und Gemeinden. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 37, FJSB plus 2025/4.

Reuband, Karl-Heinz 2025b: Soziale und politische Rahmenbedingungen des lokalen Corona-Protests. Der Einfluss von politischen Affinitäten, regionaler Corona-Inzidenzen und Strenge staatlicher Maßnahmen in Sachsen. In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* (URL: <https://doi.org/10.1007/s12286-025-00647-w>; Zugriff 22.08.2025).

Richter, Michael 2009: Die Revolution in der Provinz – Sachsen zum Beispiel. In: Karl-Dieter Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: dtv, S. 198-212.

Sächsisches Staatsministerium des Inneren. 2021: Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drs. Nr. 7/7644. Extrem rechtes, rassistisches und gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie gerichtetes „Protest“-Geschehen im Freistaat Sachsen seit dem Jahr 2018. Anlage 2.2. Dresden 2021 (URL: <https://edas.landtag.sachsen.de/>; Zugriff 08.01.2022).

Steinhilper, Elias/ Moritz Sommer 2022: Lokale Konfliktodynamiken in der Migrationsgesellschaft. Ergebnisse einer Protestereignisanalyse in zwei ostdeutschen Mittelstädten. In: *DeZIM Research Notes* 14. Berlin: DeZim (URL: https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5476.pdf; Zugriff 16.07.2025)

Vorländer, Hans/ Maik Herold/ Steven Schäller 2016: *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.

Wagner, Bernd 2020: Rechtsradikalismus in der Spätphase der DDR. In: Uwe Backes/ Steffen Kailitz (Hg.): *Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 21-44.